

NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion



NEWSLETTER DER NRW-LANDESGRUPPE IN DER SPD BUNDESTAGSFRAKTION

AUSGABE 1/2014



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich, den neuen Infobrief der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion zu präsentieren. Künftig werden wir in halbjährlichem Rhythmus über unsere Arbeit in Berlin und unsere Errungenschaften für die Menschen in Nordrhein-Westfalen berichten.

Das Jahr 2014, auf das wir jetzt zurückblicken, war für uns Bundestagsabgeordnete geprägt von arbeitsreichen Wochen in

Berlin und im Wahlkreis. Nach vier Jahren Opposition können wir endlich wieder wichtige sozialdemokratische Projekte vorantreiben und umsetzen. Die Koalition mit der Union ist keine Liebesheirat, sondern eine Zweckbeziehung auf Zeit, die für das Land allemal besser ist als eine Regierung ohne sozialdemokratische Beteiligung.

Wir haben in diesem Jahr viele Erfolge vorzuweisen, vom Mindestlohn und der Rente mit 63 über Verbesserungen in der Pflege und die Einführung des Doppelpasses bis hin zur Reform der Förderung erneuerbarer Energien, um nur einige wenige zu nennen. Wir haben nicht nur Wahlversprechen gemacht, wir haben sie auch gehalten. Auf den folgenden Seiten findet sich ein Überblick unserer wichtigsten Beschlüsse.

Ich freue mich besonders, dass wir als NRW-Landesgruppe in dieser Legislaturperiode mit 52 Abgeordneten wieder schlagkräftig in Berlin vertreten

sind. Jedes vierte Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion stammt aus Nordrhein-Westfalen, weshalb wir an allen wichtigen Entscheidungen entsprechend beteiligt sind. Unserer Landesgruppe gehören auch 23 ParlamentarierInnen an, die 2013 erstmals gewählt wurden. Sie haben wir gefragt, wie sie in wenigen Worten ihr erstes Jahr im Deutschen Bundestag beschreiben würden - ihre Antworten stehen auf den folgenden Seiten.

Es bleibt mir, auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen, Ihnen und Euch ein schönes Weihnachtsfest, ein paar erholsame Tage zum Jahreswechsel und einen guten Rutsch zu wünschen.

Mit freundlichen Grüßen und Glück auf!

Axel Schäfer MdB
Vorsitzender der NRW-Landesgruppe
in der SPD-Bundestagsfraktion

INHALTSVERZEICHNIS

- | | | | |
|------|---|-------|--|
| S. 2 | Der Mindestlohn: Ein Meilenstein in der Arbeits- und Sozialpolitik
Die abschlagsfreie Rente mit 63 | S. 6 | Vor 25 Jahren: Die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) wird in Schwante bei Berlin gegründet |
| S. 3 | Unser Einsatz für die finanzielle Entlastung der Kommunen
Mehr Mittel für die Städtebauförderung | S. 7 | Die Optionspflicht fällt, der Doppelpass kommt!
Mehr Bafög für mehr Chancengleichheit durch Bildung |
| S. 4 | Vor 25 Jahren: Die erste Montagsdemonstration in Leipzig | S. 8 | Erste wichtige Schritte einer umfassenden Pflegereform
... und noch vieles mehr! |
| S. 5 | Neustart der Energiewende
Das Energieland NRW braucht starke Stadtwerke | S. 9 | Wer wir sind und was wir tun: Über die NRW-Landesgruppe |
| | | S. 10 | Übersicht der 52 Landesgruppen-Mitglieder |

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Axel Schäfer MdB

Redaktionelle Betreuung:
Hannah Kannen
Sebastian Forck

Bildnachweis:
Hintergrund: Deutscher Bundestag / Arndt Oehmichen
S. 5: Shutterstock.com
S. 6: AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung
S. 7: Ruhr Universität: © Ruhr-Universität Bochum



Christina Kampmann MdB:

„Mein erstes Jahr im Bundestag war eine spannende, lehrreiche und vor allem wunderbare Zeit, die ich nicht missen möchte und die Lust auf mehr macht!“

**Bernhard Daldrup MdB:**

„Mein erstes Jahr im Bundestag war durch die Fortsetzung meines Engagements für eine Entlastung der Kommunen geprägt.“

**Ralf Kapschack MdB:**

„Mein erstes Jahr im Bundestag war spannend und anstrengend.“

**Michelle Müntefering MdB:**

„Mein erstes Jahr im Bundestag war manchmal schwierig, aber eine wunderbare, besondere Aufgabe.“



Der Mindestlohn: Ein Meilenstein in der Arbeits- und Sozialpolitik

Für die SPD steht fest: Alle Menschen sollen von ihrer Arbeit gut und sicher leben können. Deshalb unterstützen wir die Gewerkschaften schon seit Jahren in ihrer Forderung nach einem

Kerstin Griesse MdB:

„Firmen mit dem Geschäftsmodell ‚Dumpinglohn plus staatliche Aufstockung‘ wird es künftig nicht mehr geben. Und das ist gut so. Denn Arbeit hat einen Wert!“

flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn und einer Stärkung der Tarifbindung. Anfang Juli 2014 konnten wir unser langjähriges Ziel verwirklichen und im Deutschen Bundestag die Einführung

einer Lohnuntergrenze von 8,50 Euro ab dem 1. Januar 2015 beschließen.

Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfahren für ihre Arbeit und ihre Leistung künftig eine größere Wertschätzung. Übergangsregelungen wird es nur bis 2017 geben. Der Mindestlohn macht viele Menschen unabhängig von ergänzender Sozialhilfe und beendet Lohndumping auf Kosten von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Er erhöht die Einnahmen der Sozialversicherungen und der öffentlichen Haushalte. Zudem stärkt er die Binnennachfrage und sorgt für einen fairen Wettbewerb der

Unternehmen, über Qualität und Produktivität statt über den Kampf um die niedrigsten Löhne.

Mit den weiteren Neuregelungen zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung

Michael Gerdes MdB:

„Ich bin sehr froh, dass uns dieses Gesetz gelungen ist, es war überfällig.“

stärken wir außerdem die Tarifpartnerschaft. Tarifverträge können künftig leichter auf gesamte Branchen erstreckt werden, wenn dafür ein öffentliches Interesse vorliegt.

Michaela Engelmeier MdB:

„Mein erstes Jahr im Bundestag war eine spannende, großartige, neue, inspirierende, voller Herausforderungen, kleinen politischen Niederlagen und schönen Erfolgen gekrönte Zeit. 1 Jahr MdB mit voller Überzeugung und Spaß bei der Arbeit. Und wie sagt der Berliner so schön? ‚Ick freu mir wie Bolle‘“

**Dirk Wiese MdB:**

„Mein erstes Jahr im Bundestag war wie das Endspiel Deutschland gegen Argentinien: intensiv, anstrengend, aber mit dem Gewinn des Mindestlohns und der Mietpreisbremse.“



Die abschlagsfreie Rente mit 63

Es war ein zentrales Wahlversprechen der SPD, die Lebensleistung der Menschen in der gesetzlichen Rentenversicherung besser zu honorieren. Deshalb haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass diejenigen, die 45 Jahre lang Beiträge eingezahlt haben, künftig früher abschlagsfrei in Rente gehen können. Das gilt zunächst mit 63 Jahren. Ab dem Geburtsjahr 1953 wird das Alter schrittweise um jeweils zwei Monate auf 65 Jahre angehoben. Vorübergehende Arbeitslosigkeit, Pflegezeiten und Kindererziehung werden

anerkannt. Unmittelbar profitieren von dieser Neuregelung 200.000 Menschen.

Ralf Kapschack MdB:

„Mit der abschlagsfreien Rente ab 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren hat die SPD in Rekordzeit ein zentrales Wahlversprechen erfüllt.“

Einer Generation, die früh angefangen hat, einen Beruf zu erlernen und über Jahrzehnte hinweg ihren Beitrag zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung zu leisten, wird hiermit Respekt

für ihre Lebensleistung gezollt.

Darüber hinaus enthält das im Mai verabschiedete „Rentenpaket“ eine höhere Rente für Mütter (und Väter), die vor 1992 Kinder erzogen haben, eine Steigerung der Erwerbsminderungsrente für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen erwerbsunfähig werden, und ein bis zu 233 Millionen Euro höheres Budget für die medizinische und berufliche Rehabilitation in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Mahmut Özdemir MdB:

„Mein erstes Jahr im Bundestag war interessant und arbeitsreich. Jeder Tag im Amt motiviert mich aufs Neue, mich noch stärker zu engagieren.“

**Andreas Rimkus MdB:**

„Mein erstes Jahr im Bundestag war voller neuer Eindrücke, großer Verantwortung, wichtiger Aufgaben, und ich bin neugierig auf die kommende Zeit.“



Unser Einsatz für die finanzielle Entlastung der Kommunen

Die finanzielle Entlastung der Städte und Gemeinden ist der NRW-Landesgruppe ein zentrales Anliegen. Nur handlungsfähige Kommunen können den Menschen eine gute soziale Infrastruktur wie Schulen, Kitas, Bibliotheken und Schwimmbäder zur Verfügung stellen.

Bereits in der letzten Legislaturperiode wurde auf Druck der SPD-Fraktion die Übernahme aller Geldleistungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund beschlossen. Zwischen 2012 und 2017 beläuft sich das auf 25 Milliarden Euro.

In den Koalitionsver-

handlungen hat die SPD auf weitere finanzielle Entlastungen für die Kommunen gedrängt. Es wurde vereinbart, dass der Bund künftig, d.h. nach Verabschiedung eines Bundesteilhabegesetzes, fünf Milliarden Euro an den Kosten der Eingliederungshilfe für die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung übernimmt. Die NRW-Landesgruppe setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass das Gesetz 2016 verabschiedet wird, um

den finanziellen Spielraum der Kommunen ab 2017 deutlich zu erhöhen.

Im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz

Bernhard Daldrup **MdB:**

„Die wirksame und schnellstmögliche finanzielle Entlastung der Kommunen in Höhe von 5 Mrd. Euro jährlich gehört zu einem der zentralen Aufgabenfelder in dieser Legislaturperiode der Koalitionsvereinbarung, das unter keinen Umständen aufgegeben werden kann.“

wurde in diesem Jahr bereits eine Entlastung der Kommunen durch den Bund um eine Milliarde Euro jährlich ab 2015 beschlossen, und zwar jeweils zur Hälfte über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und über die Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose – von Letzterem werden

insbesondere die strukturschwachen Kommunen mit besonders vielen ALG II-Empfängern profitieren.

Schließlich, und auch das sollte nicht unerwähnt bleiben, werden auch die kommunalen Haushalte zu den Gewinnern des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns gehören. Sie sparen Leistungen für „Aufstocker“ ein und können Mehreinnahmen durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge erzielen.

Udo Schiefner MdB:

„Mein erstes Jahr im Bundestag war herausfordernd und spannend, denn es war voller mir neuer Themen, Kontakte und Positionen.“



Mehr Mittel für die Städtebauförderung

Umden Anforderungen des demografischen, sozialen und ökonomischen Wandels erfolgreich begegnen zu können, hat die SPD eine Anhebung der Städtebauförderung von 455 auf 700 Millionen Euro durchgesetzt.

Unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung hatte es noch drastische Haushaltskürzungen in diesem Bereich gegeben, die zu deutlichen Einbrüchen bei den Projektzahlen geführt und dringende Investitionen verhindert haben. Dieser Fehlentwicklung bereiten wir nun ein Ende. Insbesondere mit dem Programm „Soziale Stadt“ setzen wir ein deutliches Zeichen dafür, dass wir die Kommunen bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen nicht alleine lassen. Als Leit-

programm, in dem künftig 150 statt wie bisher 40 Millionen Euro jährlich vergeben werden, unterstützt es benachteiligte Stadtquartiere in einem übergreifenden Ansatz, bei dem bauliche Investitionen mit

Michael Groß MdB:

„Mit der Anhebung der Städtebaufördermittel des Bundes auf 700 Millionen Euro mit dem Haushalt 2014 setzt Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages um, für die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten jahrelang gekämpft haben.“

integrativen und sozialen Maßnahmengekoppelt werden. Darüber hinaus werden auch alle weiteren Förderprogramme finanziell aufgestockt und ein neues Programm zur Förderung national bedeutender Projekte aufgelegt.

Achim Post MdB:

„Mein erstes Jahr im Bundestag war genauso wie ich es mir vorgestellt habe: So richtig schön anstrengend. Mit der Arbeit in Berlin und im Wahlkreis. Mit ungezählten Terminen. Mit vielen Einflussmöglichkeiten. Mit vielen Gesprächen. Und vor allem mit guten Kolleginnen und Kollegen aus Nordrhein-Westfalen – und darüber hinaus. So kann es weitergehen!“



Gülistan Yüksel MdB:

„Ich habe meine erste Rede im Bundestag gehalten und fühle mich in meinen Ausschüssen wohl. Nach einem Jahr kann ich sagen, ich bin angekommen.“

Sabine Poschmann MdB:

„Mein erstes Jahr im Bundestag war spannend und temporeich: Wir haben viel umgesetzt und die Vorlagen für weitere wichtige Maßnahmen sind schon geschrieben.“



Arno Klare MdB:

„Mein erstes Jahr im Bundestag war lehrreich, spannend, mit klasse Diskursen mit netten Menschen, manchmal zäh, allzu detailverliebt und manchmal auch noch ‚neblig-nebulös‘.“



Vor 25 Jahren: Die erste Montagsdemonstration in Leipzig

Ein Beitrag von
Dietmar Nietan MdB

Meine ganz persönlichen Erinnerungen an den 4. September 1989 beginnen eigentlich erst vier Wochen später: Am Montag, den 2. Oktober 1989, stoppt der D-Zug von Köln nach Leipzig nachmittags im Bahnhof von Eisenach, seinem ersten Halt auf dem Staatsgebiet des "ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates". Da meine halbe Familie in der DDR lebt, sind die Zugfahrten "nach drüben" inklusive der strengen Grenzkontrollen für mich zur Routine geworden. Doch diesmal wird es anders sein. Diesen Halt in Eisenach werde ich nicht mehr vergessen.

Als der Zug in den Eisenacher Bahnhof einfährt, sitzt meine damalige Lebensgefährtin und heutige Ehefrau alleine mit mir im 6er Abteil der 2. Klasse. Dagmar ist sehr gespannt auf die DDR. Es ist ihre erste Reise dort hin. Wir schieben das Fenster auf, damit frische Luft in das Abteil gelangen kann. "Hier brennt es irgendwo", ruft meine spätere Frau. Ich erkläre ihr, dass in der DDR mit Braunkohle geheizt werde und es im Herbst und Winter hier überall nach Kohle riechen würde.

In diesem Moment wird die schwergängige Schiebetür des Abteils mit einem großen Rums aufgerissen. Ein junger Mann in unserem Alter stürmt hinein, gefolgt von drei älteren Damen. "Es wird Zeit, dass die den Honecker in die Wüste schicken und den Schleimer Krenz gleich mit", bricht es aus ihm heraus. "Sie beide kommen ja aus dem

Westen", wendet er sich nun an uns. "Gucken Sie sich das hier noch mal alles gut an. Die DDR ist bankrott. Die gibt's nicht mehr lange!"

Mir stockt der Atem. So etwas hatte ich zuvor noch nie erlebt und bisher auch nicht für möglich gehalten. War der Mann ein Provokateur der Stasi? "Na, se hamm vollkommen recht! Ich kann die Brüder vom Politbüro alle nicht mehr sehen! Die belügen und betrügen das Volk nach Strich und Faden", legt eine der drei älteren Damen nach. Kein



betretenes Schweigen, wie ich es vermutet hätte, sondern eine muntere Diskussion über den ökonomischen und moralischen Bankrott einer Diktatur entwickelt sich an diesem denkwürdigen Tag in diesem Abteil des D-Zugs nach Leipzig. Als ich aus dem Zug aussteige, ist für mich klar, dass sich dieses Regime nicht mehr lange halten wird. Der Mut der Bevölkerung war endlich größer als deren Angst!

Vier Wochen vor meiner damaligen Einreise fand am Montag, den 4. Sep-

tember 1989, turnusgemäß in der Leipziger Nikolaikirche wieder das erste Friedensgebet nach den Sommerferien statt. An diesem Tag manifestierte sich einer der entscheidenden Scheitelpunkte, welche den Aufbruch in eine für mich bis heute wunderbare friedliche Revolution wohl unumkehrbar machten.

Pfarrer Christian Führer war schon Jahrzehnte in der Nikolaikirche tätig. Mit ihm gab es die Friedensgebete schon viele Jahre. Doch an diesem ersten

Montag im September des Jahres 1989 sollte das Friedensgebet zum Startpunkt dessen werden, was als die berühmten Montagsdemonstrationen zu einem der glorreichen Kapitel deutscher Geschichte werden sollte.

Im Sommer 1989 begann die Massenflucht über die von Ungarn geöffnete Grenze nach Österreich. Tausende Menschen flüchteten in die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau. Michail Gorbatschow entzog den alten Autokraten von

Bukarest bis Ost-Berlin den Schutzschirm. In internen Papieren wurde dem Politbüro der SED klar gemacht, dass der Bankrott der DDR kurz bevor stand.

Und so machten sich am 4. September 1989 fast 1.000 mutige Menschen nach dem Friedensgebet zur ersten "Montagsdemo" auf. Es lief gerade die Leipziger Messe. Viele ausländische Gäste waren in der Stadt und natürlich auch viele westliche Medien. So mussten sich Stasi und Volkspolizei zurückhalten. Der humanistische Anschein nach außen war den Herrschenden damals durchaus wichtig. Diejenigen, die am 4. September 1989 mutig in der ersten Reihe der Demonstranten standen, wurden erst bei der Montagsdemo eine Woche später gezielt herausgegriffen und interniert. An dem Tag war die Leipziger Messe vorbei und auch nicht mehr so viele "Westmedien" dabei.

Doch seit diesem 4. September wächst die Zahl der Teilnehmer am Leipziger Friedensgebet und der anschließenden Demonstration von Montag zu Montag. In der Rückschau mutet es fast wie ein Wunder an, dass die Demonstrationen trotz aller Provokationen der Staatsorgane der DDR immer absolut friedlich und in unglaublicher Weise diszipliniert abliefen. Es war sicherlich ein großer Segen, dass sich diese friedliche Revolution zu großen Teilen aus den geschützten Räumen der Kirchengemeinden heraus entwickelt hat. So war die

Bergpredigt mit ihrem Aufruf zur Gewaltfreiheit die Grundlage für einen der wichtigsten Slogans der Demonstranten: „Keine Gewalt!“

Am Montag, den 9. Oktober, fünf Wochen nach der „ersten“ Montagsdemo vom 4. September waren aus den 1.000 mittlerweile 70.000 mutige Menschen geworden. An diesem Abend wurde in Leipzig das Ende der DDR endgültig eingeläutet. An diesem 9. Oktober wurde die Mauer der Angst endgültig eingerissen. Dass exakt einen Monat später am 9. November dann auch die Mauer aus Stacheldraht, Selbstschussanlagen und Beton fiel, war die zwangsläufige Folge der friedlichen Revolution, die am 4. September in der Nikolaikirche ihren Ausgang nahm.

Die Menschen verließen die Nikolaikirche jeden Montag, um mit einer Kerze in der Hand friedlich zu demonstrieren. Pfarrer Führer sagte dann: „Mit einer Kerze in der Hand kann man keine Steine werfen!“ Auf diesen Mut, die Angst um sich selbst zu überwinden und die scheinbar übermächtige Staatsmacht mit einer entwaffnenden Friedfertigkeit zu düpierten, waren die Herrschenden Kader nicht vorbereitet. Volkskammerpräsident Horst Sindermann brachte es später auf den Punkt:

„Wir waren auf alles vorbereitet, aber nicht auf Kerzen und Gebete.“

All den mutigen Menschen der friedlichen Revolution von 1989 wird immer meine große Bewunderung und tiefe Dankbarkeit gehören.

Neustart der Energiewende

Die rot-grüne Bundesregierung hat zu Beginn der 2000er die Weichen für das Zeitalter einer nachhaltigen, sicheren und klimafreundlichen Energieversorgung gestellt, sie hat die „Energiewende“ eingeleitet. Nach vier Jahren Stillstand unter Schwarz-Gelb brauchte die Energiewende jedoch einen Neustart, um Akzeptanz und Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden. Angesichts steigender Strompreise und Investitionsunsicherheiten haben wir uns gleich zu Beginn der Legislaturperiode darum gekümmert, Kosteneffizienz und Planbarkeit wieder herzustellen.

Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), die kurz vor der Sommerpause vom Bundestag verabschiedet wurde, ist der erste

Schritt, um die Energiewende wieder auf ihren alten Erfolgskurs zu bringen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet künftig nach einem verlässlichen Plan voran, wobei wir uns

Dirk Becker MdB:

„Die Energiewende wird endlich wieder vom Kopf auf die Füße gestellt: Nach vier Jahren Chaos in der Energiepolitik schaffen wir Kosteneffizienz, Planbarkeit und Investitionssicherheit hin zu 40 bis 45 Prozent im Jahr 2025 und auf 55 bis 60 Prozent Erneuerbare Energien im Jahr 2035.“

auf die Förderung der besonders kostengünstigen Energieträger Wind an Land und Photovoltaik konzentrieren. Dadurch, und auch durch die Einbeziehung von Eigenstromerzeugern,

wird der Anstieg der EEG-Umlage für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen gebremst. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung soll bis 2025 bei 40 bis 45 Prozent und bis 2035 bei 55 bis 60 Prozent liegen. Durch die europarechtskonforme Ausgestaltung der Befreiungen von der EEG-Umlage für die im internationalen Wettbewerb stehende stromintensive Industrie haben wir zudem dafür gesorgt, dass Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleiben.

Schließlich bringen wir die Marktintegration der erneuerbaren Energien voran, indem die Betreiber größerer Anlagen ab 2016 verpflichtet werden, ihren Strom direkt zu vermarkten.



Das Energieland NRW braucht starke Stadtwerke

Stadtwerke sind das Rückgrat der deutschen Energieversorgung und ideale Partner zur Umsetzung der Energiewende vor Ort. Im Energieland NRW tragen sie maßgeblich zur Energieversorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalten bei.

Die Energiewende stellt aber viele Stadtwerke vor große Herausforderungen. Über diese haben wir am 22. September mit Vertretern von drei großen Stadtwerken

in NRW gesprochen und Lösungswege diskutiert. Es wurde deutlich, dass sowohl die Abgeordneten als auch die Stadtwerkevertreter den Kurs von Sigmar Gabriel zur Umsetzung der Energiewende unterstützen. Mit der umfassenden Reform des EEG ist eine wesentliche Voraussetzung zur mittelfristigen Markt- und Systemintegration der erneuerbaren Energien geschaffen worden.

Weitere Reformen müssen kommen, damit sich die vielfach hohen Investitionen der Stadtwerke in effiziente und saubere Gaskraftwerke sowie in die klimafreundliche Kraft-Wärme-Kopplung wieder auszahlen.

Dies ist nicht nur für den Fortgang der Energiewende, sondern auch für die kommunalen Träger der Stadtwerke und ihre Haushalte essentiell. Aus

diesem Grund setzt sich die NRW-Landesgruppe für eine zügige Entscheidungsfindung über das künftige Marktdesign und eine zeitnahe Novellierung des

Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes ein. Die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge und die Gewährleistung kommunaler Selbstverwaltung ge-

hören zum Markenkern der SPD. Die NRW-Landesgruppe wird die Energiewende konstruktiv mitgestalten und Stadtwerken und Kommunen unterstützend zur Seite

stehen.

Hier findet sich das Papier: „Thesen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Energieerzeugung in Nordrhein-Westfalen“

Vor 25 Jahren: Die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) wird in Schwante bei Berlin gegründet

**Ein Beitrag von
Axel Schäfer MdB**

Vor 25 Jahren schrieben Markus Meckel und Martin Gutzeit sowie etwa 40 weitere Personen die Geschichte der SPD ein gutes Stück weiter. Am 7. Oktober 1989 gründeten sie im Pfarrhaus des Dorfes Schwante die „Sozialdemokratische Partei in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) – Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP)“.

Dies geschah vor dem Hintergrund der tiefgreifenden ökonomischen, politischen und sozialen

Krise der DDR. Im Sommer und Herbst 1989 zeigte sich diese in Gestalt der Flucht vor allem junger Menschen durch den in Ungarn zunehmend durchlässigeren „Eisernen Vorhang“ sowie durch steigende Unruhen auf den Straßen der DDR – insbesondere in Leipzig und Dresden.

Die Wahl des Namens SDP wollte auf der einen Seite die Eigenständigkeit gegenüber der bundesdeutschen SPD betonen. Andererseits verstand sich die Gründung als Fortsetzung der großen

Tradition der sozialdemokratischen Partei in Deutschland und als Teil der internationalen Arbeiterbewegung. Insofern fühlte sich die SDP eng mit der SPD der Bundesrepublik verbunden.

Die Etablierung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR griff den Machtanspruch der SED, der zu einem Gutteil auf der im April 1946 vollzogenen Zwangsvereinigung von SPD und KPD fußte, frontal an und stellte damit die Legitimität des SED-Regimes grundsätzlich in Frage. Zugleich

unterschied sich die SDP von den anderen Neugründungen aus dem Umfeld der Bürgerbewegung, wie etwa dem Neuen Forum, durch den expliziten Anspruch, „Partei“ und eben nicht „Bewegung“ oder „Plattform“ zu sein. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehörten somit zu den aktivsten Gestaltern der friedlichen Revolution in der DDR. Richtschnur sozialdemokratischer Politik war und bleibt, sich für den Erhalt der Freiheit einzusetzen – damals wie heute.



SDP-Gründungsmitglieder auf der Treppe zum Garten hinter dem Pfarrhaus von Schwante am 7. Oktober 1989

Mehr Bafög für mehr Chancengleichheit durch Bildung

Zukunftschancen dürfen nicht von der Herkunft oder dem Geldbeutel der Eltern abhängen – deshalb hat die SPD Anfang der 1970er Jahre das Bafög erfunden. Von Anfang an garantierte das Bafög soziale Chancengleichheit beim Bildungszugang. Mehrere Millionen Menschen haben seitdem davon profitiert und ihre Lebensperspektiven durch Bildung verbessern können.

Regelmäßige Korrekturen an Fördersätzen und Zugangsbedingungen sind notwendig, um das Bafög an die Lebenswirklichkeit der Auszubildenden anzupassen und größt-

stänzielle Erhöhung und strukturelle Modernisierung der Ausbil-



dungsförderung. Durch die vollständige Übernahme der Leistungen durch den

Die Erhöhung der Freibeträge um sieben Prozent sorgt dafür, dass der

Durch die gleichzeitige Erhöhung der Bedarfssätze um sieben Prozent und die Erhöhung von Wohnkostenzuschuss und Sozialpauschalen werden die finanziellen Leistungen für die Geförderten spürbar verbessert.

Strukturell wird das Bafög schließlich besser an die veränderten Studienverläufe angepasst und deutlich entbürokratisiert. Die Förderlücke zwischen Bachelor und Master wird geschlossen, überflüssige Leistungsnachweise werden abgeschafft und die elektronische Antragsstellung bundesweit ermöglicht.

Oliver Kaczmarek MdB:

„Das Bafög ist ein Kernstück sozialdemokratischer Bildungspolitik und das zentrale Instrument der Studienfinanzierung. Deswegen geht es dem Bafög auch immer dann gut, wenn die SPD regiert.“

mögliche Wirksamkeit zu erzielen. Am 13. November 2014 wurde die 25. Bafög-Novelle beschlossen. Sie stellt die Weichen für eine sub-

Bund werden die Länder in der Bildungsfinanzierung ab 2015 um jährlich rund 1,2 Milliarden Euro entlastet.



Norbert Spinrath MdB:

„Mein erstes Jahr im Bundestag war eine große Herausforderung durch die Wahl zum Europapolitischen Sprecher. Koordinierung, tolle KollegInnen, ein Superteam und gute Gespräche machen viel Spaß.“

Ulla Schulte MdB:
„Mein erstes Jahr im Bundestag war spannend und reich an Erfahrungen, kurz, ein Jahr, das ich nicht mehr missen möchte.“



Burkhard Blienert MdB:

„Mein erstes Jahr im Bundestag war so abwechslungsreich und spannend wie die Bundesligaspiele des SC Paderborn. Alles dabei!“

Ulrich Hampel MdB:

„Mein erstes Jahr im Bundestag war dadurch geprägt, für die Menschen in meiner Region sozialdemokratische Politik mitzugestalten und umzusetzen, getreu meinem Motto: „Ulli, nah dran.““



Die Optionspflicht fällt, der Doppelpass kommt!

Auf Betreiben der SPD wurde eine Vereinbarung in den Koalitionsvertrag aufgenommen, die vielen jungen Erwachsenen eine schwerwiegende Entscheidung abnimmt: „Für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt in Zukunft der Optionszwang, und die Mehrstaatigkeit wird akzeptiert.“

Noch im ersten Halbjahr 2014 wurde aus dieser Absichtserklärung Realität – der Deutsche Bundestag beschloss eine Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes, nach der in Deutschland geborene Kinder mit einem weiteren, ausländischen

Pass künftig nicht mehr mit spätestens 23 Jahren entscheiden müssen, ob sie die deutsche oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten wollen. Wer bis zum 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt oder sechs Jahre eine Schule besucht oder einen deutschen Schulabschluss erworben bzw. eine Ausbildung in Deutschland absolviert

hat, darf künftig beide Staatsangehörigkeiten behalten.

Damit ist ein zentrales Integrationshemmnis abgebaut und ein großer Schritt hin zu

einem modernen Staatsbürgerschaftsrecht gemacht worden.

Christina Kampmann MdB:

„Die Optionspflicht ist das Haar in der Suppe in einer modernen Einwanderungsgesellschaft.“

Erste wichtige Schritte einer umfassenden Pflegereform

Menschen wollen in Würde und möglichst in ihrer gewohnten Umgebung alt werden. Deshalb will die SPD-Fraktion die Pflege verbessern und sie für die nachfolgenden Generationen sicherstellen. Erste wichtige Schritte zu einer umfassenden Pflegereform stellen das Pflegestärkungsgesetz I und die Reform des Familienpflegezeitgesetzes dar. In einem übergreifenden Ansatz enthalten sie Bestimmungen, die sowohl Pflegebedürftigen, pflegenden Angehörigen, als auch Pflegefachkräften zugutekommen.

Alle Leistungsbeträge werden um vier Prozent angehoben, und insbesondere im Bereich

häuslicher Pflege werden Leistungen verbessert und flexibilisiert. Ein Beispiel ist der altersgerechte Umbau der eigenen vier Wände, für den künftig Zuschüsse von bis zu 4.000 Euro gewährt werden können. Außerdem werden Leistungen bei körperlich und bei psychisch bzw. demenziell bedingter Pflegebedürftigkeit weiter angeglichen.

Für Angehörige wird die Vereinbarung von Familie, Pflege und Beruf verbessert. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten zur kurzfristigen Pflege eines Angehörigen das Recht, eine bezahlte Auszeit von maximal zehn Tagen zu nehmen. Wer länger einen Angehörigen pflegt, kann sich bis zu sechs Monate

freistellen lassen oder bis zu 24 Monate lang die Arbeitszeit reduzieren. Um Einkommensverluste auszugleichen, besteht Anspruch auf ein zinsloses Darlehen. Zudem herrscht während der Pflegezeit Kündigungsschutz für die Beschäftigten. Für die Begleitung schwerstkranker Angehöriger in der letzten Lebensphase sieht das Familienpflegezeitgesetz darüber hinaus

einen Anspruch auf berufliche Freistellung für maximal drei Monate vor. Um die Belange kleinerer Betriebe zu berücksichtigen, gilt der Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit nur gegenüber Unternehmen mit mehr als 15 Beschäftigten. Schließlich wurde per Gesetz die Tariftreue für

Pflegeberufe gestärkt. Tariflöhne dürfen bei Verhandlungen zwischen Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen sowie Sozialhilfeträgern nicht mehr als unwirtschaftlich abgelehnt werden. Dies wird künftig verstärkt kontrolliert, da-

mit der Lohn auch tatsächlich bei den Beschäftigten ankommt.

Für die SPD ist klar, dass noch weitaus mehr

getan werden muss, um den immensen Herausforderungen des demografischen Wandels im Bereich Pflege zu begegnen. Die in diesem Jahr verabschiedeten Gesetze sind als erster Schritt einer mehrstufigen Pflegereform zu verstehen.

Burkhard Blienert MdB:

„Anstelle der bisherigen Flickschusterei tritt mit der ersten Reformstufe zum 1. Januar 2015 eine umfassende Stärkung der Pflege in Kraft, die noch in der Legislaturperiode mit dem zweiten Gesetz komplettiert wird.“

Petra Crone MdB:

„Die vielen Angehörigen, die berufstätig sind und gleichzeitig pflegen, verdienen bessere Bedingungen. Sie leisten einen enormen gesellschaftlichen Beitrag.“

Michael Thews MdB:

„Mein erstes Jahr im Bundestag war toll. Ich freue mich auf die Zeit die kommt, mit einer starken SPD Fraktion und spannenden Themen für die Menschen in unserem Land.“

Dirk Heidenblut MdB:

„Mein erstes Jahr im Bundestag war bestimmt vom zähen Ringen um die Kommunalfinzen, dem Einarbeiten in gesundheitspolitische Themen und interessanten fachlichen Diskussionen.“

Dirk Vöpel MdB:

„Mein erstes Jahr im Bundestag war gefühlte 24 Monate lang, ein arbeitsreiches und intensives erstes Lehrjahr als neuer MdB für Oberhausen und Dinslaken.“

Sebastian Hartmann MdB:

„Mein erstes Jahr im Bundestag war beeindruckend, erkenntnisreich und die Möglichkeit, in Verantwortung politische Ziele zu verwirklichen.“

... und noch vieles mehr!

Das Jahr 2014 war für uns NRW-Bundestagsabgeordnete intensiv und arbeitsreich. Wir haben uns schnellstmöglich in die politische Arbeit gestürzt, um die Wahlversprechen zügig umzusetzen. Eine Auswahl unserer Errungenschaften findet sich auf den

vorangegangenen Seiten. Getreu dem Motto „Gesagt – getan – gerecht“ hat sich die SPD-Bundestagsfraktion in den verschiedensten Politikbereichen für die Verwirklichung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eingesetzt. Erreicht haben wir – neben

den hier schon ausführlicher dargestellten Beschlüssen – unter anderem die Einführung des Elterngeld Plus, die Abschaffung der Kopfpauschale, ein Anbauverbot für grüne Gentechnik, die steuerliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften sowie die

Sukzessivadooption durch eingetragene Lebenspartnerinnen und -partner und noch vieles mehr. Wir freuen uns, im nächsten Jahr weiter an der Umsetzung des Koalitionsvertrags zu arbeiten und dabei eine deutliche sozialdemokratische Handschrift zu hinterlassen.

Wer wir sind und was wir tun: Über die NRW-Landesgruppe

Als Bundestagsabgeordnete aus Nordrhein-Westfalen vertreten wir die Interessen unseres Heimatlandes in Berlin. Mit 52 Mitgliedern ist die NRW-Landesgruppe mit Abstand die größte innerhalb der Bundestagsfraktion. Wir bekleiden eine Vielzahl an zentralen Positionen innerhalb von Fraktion, Parlament und Regierung und sind auch in jedem Fachausschuss des Parlaments vertreten. In Sitzungswochen treffen wir uns montagabends und erörtern aktuelle politische Themen und ihre Bedeutung für Nordrhein-Westfalen. Zumeist haben wir dabei Gastreferenten

aus Landes-, Kommunal- oder Bundespolitik, Verbänden, Wirtschaft oder NGOs, die uns in die Thematik einführen und mit uns diskutieren. Die Ergebnisse unserer Debatten tragen wir dann in die Fraktion und ihre Arbeitsgruppen hinein.

Neben unseren Zusammenkünften in Berlin sehen wir unsere Aufgabe auch darin, unsere Politik vor Ort zu erläutern und Impulse mit in die Hauptstadt zu nehmen. Dies geschieht auf vielfältigem Wege. Beispielsweise organisieren wir in unseren Wahlkreisen regelmäßig Veranstaltungen, in de-

nen wir die Positionen der SPD-Bundestagsfraktion zu spezifischen Themen erörtern und zur Diskussion stellen. Darüber hinaus liegt uns die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen der kommunalen, Landes- und europäischen Ebene am Herzen, damit wir als NRWSPD mit einer Stimme sprechen und gemeinsame Ziele verfolgen.

Bei Fragen, Anregungen oder selbstverständlich auch Kritik freuen wir uns über Kontaktaufnahme. Direkte AnsprechpartnerInnen sind die jeweiligen Abgeordneten vor Ort. Die zwölf Wahl-

kreise, in denen wir bei der Bundestagswahl 2013 kein Mandat erringen konnten, werden von Mitgliedern der Landesgruppe „betreut“, so dass wir flächendeckend präsent sind. Alle MdB haben eine eigene Homepage, auf der sie über ihre Arbeit in Berlin berichten – sehr viele nutzen obendrein die sozialen Medien. Eine Übersicht der Kontaktangebote einzelner ParlamentarierInnen und viele weitere nützliche Informationen finden sich auf der Website der NRW-Landesgruppe (www.nrwspd-landesgruppe.de) sowie auf unserer Facebook-Seite ([nrwlandesgruppe](https://www.facebook.com/nrwlandesgruppe)).

Impressionen aus dem Jahr 2014



DIE 52 ABGEORDNETEN DER NRWSPD IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

NRW-Landesgruppe
in der SPD-Bundestagsfraktion



Ingrid
Arndt-Brauer



Bärbel
Bas



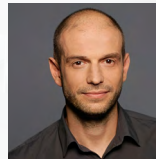
Dirk
Becker



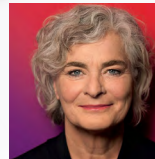
Burkhard
Blienert



Willi
Brase



Marco
Bülow



Petra
Crone



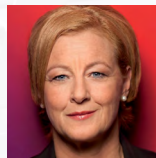
Bernhard
Daldrup



Martin
Dörmann



Siegmund
Ehrmann



Michaela
Engelmeier



Dagmar
Freitag



Michael
Gerdes



Kerstin
Giese



Michael
Groß



Ulrich
Hampel



Sebastian
Hartmann



Dirk
Heidenblut



Wolfgang
Hellmich



Barbara
Hendricks



Petra
Hinz



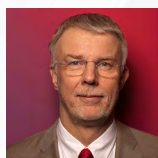
Oliver
Kaczmarek



Christina
Kampmann



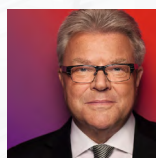
Ralf
Kapschack



Arno
Klare



Ulrich
Kelber



Hans-Ulrich
Krüger



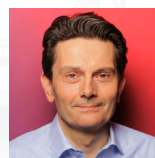
Helga
Kühn-Mengel



Karl
Lauterbach



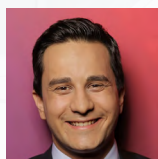
Michelle
Müntefering



Rolf
Mützenich



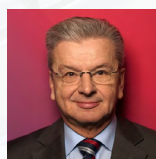
Dietmar
Nietan



Mahmut
Özdemir



Sabine
Poschmann



Joachim
Poß



Achim
Post



Andreas
Rimkus



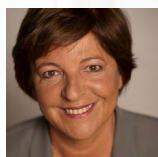
René
Röspel



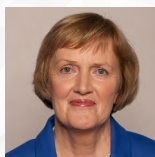
Axel
Schäfer



Udo
Schiefner



Ulla
Schmidt



Ursula
Schulte



Frank
Schwabe



Stefan
Schwartz



Norbert
Spinrath



Peer
Steinbrück



Christoph
Strässer



Michael
Thews



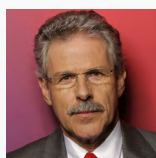
Dirk
Vöpel



Dirk
Wiese



Gülistan
Yüksel



Manfred
Zöllmer

Aktuelle Informationen gibt es auf der
Internetseite der NRW-Landesgruppe:
www.nrwspd-landesgruppe.de

